

erscheint wöchentlich drei Mal Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags. Der Abonnement-Preis für Einheimische beträgt 16 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den königlichen Post-Anstalten 18 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittags 5 Uhr in der Rathsbuchdruckerei angenommen und kostet die 3spaltige Corpusspaltel oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

# Thorner Wochenblatt.

Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei.

Donnerstag, den 25. April.

[Redakteur Ernst Lambek.]

## Politische Rundschau.

### Landtag.

**Abgeordnetenhaus.** In der 38. Sitzung am 22. April kam der Niegolewski'sche Antrag zur Diskussion. Nach einer Erörterung über die formelle Behandlung sprach der Abgeordnete v. Niegolewski gegen die von der Kommission für die Geschäftsordnung beantragte einfache Tagesordnung, der Abgeordnete v. Vincke für dieselbe. Dann nahm noch der Minister des Innern das Wort, weil von dem Abg. v. Niegolewski auch auf die materielle Seite eingegangen sei. Die einfache Tagesordnung wurde gegen die Fraktionen der Linken und die Fraktion Behrend und Genossen angenommen. Die Letztere wollte die Diskussion nicht abschneiden, hatte aber durch Schulze-Delitzsch beantragt, den Niegolewski'schen Antrag als den Gesetzen und der Verfassung widersprechend zu erklären. Es folgten noch Petitionsberichte.

**Deutschland.** Berlin, den 23. April. Mehrere Blätter erhalten folgende Mittheilung aus offizieller Quelle: Auf Anregung des Kriegsministers ist dem Gardekorps ein Tagesbefehl bekannt gemacht worden, in welchem die Offiziere im Sinne der Kabinetts-Ordnung vom 1. Januar 1798 an die Pflichten erinnert werden, welche ihnen im Verhältnis zum Bürgerstande und zu den politischen Institutionen des Landes obliegen. Die erwähnte Kabinetts-Ordnung lautet wie folgt:

„Ich habe sehr mißfällig vernehmen müssen, wie besonders jüngere Offiziere Vorzüge ihres Standes vor dem Civilstande behaupten wollen. Ich werde dem Militärstande sein Ansehen geltend zu machen wissen, wenn es einen wesentlichen Vortheil zu Wege bringt, und das ist auf dem Schauplatze des Krieges, wo sie ihre Mitbürger mit Leib und Leben zu vertheidigen haben, allein der Fall. Im Uebrigen darf sich kein Soldat unterstehen, wess Standes und Ranges er auch sei, einen Mitbürger zu brüskiren. Sie

sind es, nicht Ich, welche die Armee unterhalten, in ihrem Brode steht das Heer der Meinem Befehle anvertrauten Truppen, und Arrest und Kassation und Todesstrafe werden die Folgen sein, die jeder Contraventient von Meiner unbeweglichen Strenge zu gewärtigen hat. Berlin, 1. Januar 1798. Friedrich Wilhelm.“

Beiläufig bemerkt, ließ das neueste Heft der „Militärischen Blätter“ erkennen, daß irgend ein Dämpfer aufgesetzt worden, insofern wenigstens als die Bemerkungen des Grafen Schwerin über die Greifswalder Polemik mit ausnehmender Zahmheit eingestekt und der stotternden Zunge einige Redensarten über das „innige Verhältnis zwischen Armee und Volk“ abgepreßt wurden, das lediglich von den „demokratischen Wählern“ untergraben werde. Die geistesarme Brutalität wagt sich nur noch bis zu den Herren Burghart und Stavenhagen, die mit den gemeinsten Schmähungen überschüttet werden. In einem Artikel über den „Geist der preussischen Armee“ wird u. A. ausgeführt, daß in derselben das Verhältnis vom Soldaten zum Offizier auch heute noch „auf dem traditionellen früheren Verhältnis vom Bauernknecht zum Gutsherrn“ beruht, da trotz der allgemeinen Wehrpflicht die andern Elemente unter den Söhnen der ehemaligen Hintersassen ganz verschwinden. Diese Bauernknechte sind so bornirt, daß jeder „nur den seinen „Landsmann“ nennt, der mit ihm aus demselben Dorfe ist“, daher ihnen weit aussehende nationale Zwecke nicht beizubringen sind. Dagegen nimmt das Offizierskorps „nur Leute von guter Erziehung“ in seinen Kreis auf, und es wird daher „auch ferner einen Jeden, welcher eine Wäscherin selbst nur heirathen will, nöthigen, aus seinen Kreisen zu scheiden.“ Es ist ein eigenthümlicher Zug derjenigen preussischen Parteiblätter, welche sich als Vertreter aristokratischer Prinzipien geberden, daß sie an Cynismus der Gesinnung und des Styles alles je dagewesene überbieten. Wenn

dieser Ton, der in jedem anderen Lande unwiderruflich von der guten Gesellschaft ausschließen würde, jetzt auch in die militärischen Organe übergegangen ist, so ist eine solche Bloßstellung unserer Armee im gegenwärtigen Augenblicke doppelt zu beklagen. Selbst die selbige „Wehrzeitung“ bewahrte noch eine musterhafte Haltung verglichen mit diesen neuesten aus Fäulniß und Moder entspringenden Sumpfpflanzen. Man muß immer aufs Neue auf die frischen und tüchtigen Ansichten hinweisen, welche in der Denkschrift des Prinzen Friedrich Carl niedergelegt sind, um daran zu erinnern, daß es in unserer Armee denn doch auch an einem bedeutenden Gegengewicht nicht fehlt. — Ueber den Schluß der Kammeression verlautet nichts Bestimmtes. So viel ist sicher, daß das Ministerium bereits über die einzuschlagenden Wege zur Erledigung der dringendsten Fragen in Berathung getreten ist. Bis Pfingsten ist eine solche Abwicklung der Geschäfte schwerlich zu erreichen; selbst die Budgetberatungen sind noch weit im Rückstande, denn es fehlen noch die Berichte über die Etats der Verwaltungen des Innern, des Cultus, der Marine, der Justiz, der landwirthschaftlichen Angelegenheiten, der Güter und der Armee — also die wichtigsten in den Commissionen sind nur die Etats der Ministerien des Innern und der Justiz berathen, die Berichte indessen auch hierüber noch nicht erschienen. — Der „Bresl. Ztg.“ wird von hier Folgendes über ein neues Zerwürfniß der Fraktion Vincke berichtet:

„Ein erneuertes Zerwürfniß in der Fraktion Vincke macht in parlamentarischen Kreisen viel von sich reden. Es hat dieses den Austritt des Abgeordneten v. Waldenburg, Reichenheim, aus der vorgenannten Fraktion zur Folge gehabt. Hr. Reichenheim hatte für die letzte Sonnabend-sitzung des Abgeordnetenhauses sechs Referate in Eisenbahnangelegenheiten anzufertigen gehabt. Er hatte sich seiner Aufgabe mit dem ihm eige-

## Freizügigkeit.

Bemerkenswerth ist, was die pfälzische Handels- und Gewerbekammer in ihrem Jahresberichte für 1860 über die Folgen der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit in der Pfalz sagt: „Was auch immer der Befestigung der Kunstverfassungen entgegengehalten werden mag, Ein Einwand ist ungerechtfertigt, der nämlich, daß Gewerbefreiheit und Freizügigkeit zur Gewerbeübersezung und zur Verarmung führe. Unsere Pfalz weiß davon nichts und bekennt sich unbedingt zu einer gegentheiligen Ansicht, und wer es bezweifeln möchte, der schlage die bayerisch-pfälzische neueste Statistik von Staatsrath v. Herrmann aus München nach, und er wird sich und seine Berufsgenossen darüber beruhigen können. Viele, die in den jenseitigen bayerischen Provinzen nicht zur Ansässigmachung gelangen konnten, sind nach der Pfalz übersiedelt, und brachten sie auch nicht immer große Capitalien mit, so doch eine rüstige Arbeitskraft, und prosperirten. Fast alle Bewohner des jungen Handelsplatzes Ludwigshafen sind — wie sich leicht denken läßt — Eingewanderte aus Bayern, aus Preußen, aus Hessen u., und daß solche Zugewanderte bei gehörigem Fleiße unferen Gemeinden wirklich zur Last gefallen seien, davon kennen wir

nur wenige Beispiele. Darum ringen denn gegenwärtig auch fast alle deutschen Staaten nach unbeschränkter Gewerbefreiheit und Freizügigkeit und wir beklagen nur jene darunter, welche nicht den Muth besitzen, zur vollen Freiheit der Arbeit mit einem Male überzugehen. Von erdrückender Concurrenz findet sich in der Pfalz keine Spur. Der Markt für das freie Gewerbe ist nicht mehr der Heimathsort mit seiner kargen Umgebung, sein Markt ist die ganze Welt! Und neben diesem Vortheile verschwindet der Besitz von Realgerechtigkeiten in ein winziges Nichts. Der freie Arbeitsmarkt zieht die Arbeitskräfte überall dort hin, wo man ihrer bedarf, und leitet sie von da ab, wo sie im Ueberflusse vertreten sind. Warum also sollen wir der fremden Arbeitskraft unsere Thüren verschließen, die dem Capitale allenthalben geöffnet sind? Auch die erstere ist ein Capital. Die Pfalz schätzt sich daher glücklich im Besitz ihrer, durch die Erfahrung bewährten Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, welche sie für eine der unentbehrlichsten Stützen des allgemeinen Wohlstandes hält.“

Nachdem die Gewerbefreiheit siegreich durchgefochten und wenn auch nicht überall eingeführt doch nirgends mehr aufzuhalten ist, so wird als nächste Frage die Freizügigkeit auf der Tagesordnung der

Reformbewegung erscheinen, und es hat den Anschein, als wenn hierin die Masse des Volkes einiger wäre, als sie es in der Generbefrage war. Nur die Regierungen haben sich bis jetzt dieser Frage nicht sehr geneigt gezeigt, weil sie die partikularistische Selbstständigkeit bedroht. Es ist deshalb beachtenswerth, daß ein den Regierungskreisen näher stehendes Blatt, die Fr. Postztg., sich offen für Freizügigkeit durch ganz Deutschland ausspricht: „Eine der dringendsten Aufgaben“, sagt dieselbe, „scheint in der Gründung gemeinsamer Normen über das Niederlassungsrecht der Deutschen in den Bundesstaaten gegeben. Die Klage, daß der Deutsche sich leichter und wohlfeiler bei den australischen Antipoden eine neue Heimath erwerben könne, als in einem deutschen Nachbarstaate, daß in Folge der engherzigsten Schranken die freie Bewegung der unteren Klassen gehemmt, die Ausgleichung des an einem Orte oft im Uebermaß vorhandenen Angebots an Arbeitskräften mit dem anderwärts bestehenden Mangel verhindert und dadurch der verderbliche amerikanische Exodus gefördert werde, ist eine sehr verbreitete, und wir wüßten nicht, wie die Regierungen bei der zu jedem nationalen Opfer willigen Stimmung der Regierten eine solche Reform schwierig finden könnten.“ (Arbeitsgeber.)



neu Fleiße unterzogen, und war nur vielleicht hier und da zu breit gewesen. Hr. v. Vincke, der auf den Umstand unter allen Verhältnissen hätte Rücksicht nehmen müssen, daß Hr. Reichenheim seiner Fraktion angehörte, fühlte sich wieder einmal veranlaßt, auf Kosten der eigenen Partei Opposition zu machen. Er griff die Zahlenangaben des Referenten an, obgleich derselbe aus den Zahlen keine Schlüsse gezogen, und bemängelte überhaupt die Art und Weise, wie Hr. Reichenheim referirte. — Die „Neue Preuß. Zig.“ schreibt: Das Petersburger Cabinet ist fest entschlossen in Polen durchzugreifen, und wir können versichern, daß eine Annäherung zwischen Rußland und Oesterreich stattgefunden hat. In Warschau sollen Briefe weggenommen worden sein, welche in Petersburg stuzig gemacht haben, da deren Verfasser zu den Befreunden des Palais Royal in Paris (bewohnt vom Prinzen Napoleon) gehören. — Nach Angaben von Reisenden, die so eben aus dem Süden Frankreichs zurückkehren, sind die Rüstungen in Toulon und Marseille von ungeheurem Umfange.

**Oesterreich.** Wien, 20. April. Ein Korps von 16,000 Mann wird in kleinen Abtheilungen nach Italien befördert. Die Transporte geschehen, um den regelmäßigen Verkehr auf der Südbahn nicht zu hemmen, meistens Nachts. Bei der Direktion der Temesvarer Bahn wurde eine offizielle Anfrage gestellt, welche Zeit erforderlich sei, um eine bestimmte Truppenmenge nebst Zugehör nach Bazias (unfern der türkischen Grenze) zu stellen. Es scheint hiernach, daß sich die Regierung auf entscheidende Schlüsse in den unteren Donaugegenden gefaßt macht und jetzt schon die herzegowinische Bewegung mit Aufmerksamkeit verfolgt. — Die bedauerlichen Straßenaufläufe dauern, wenn auch in etwas vermindelter Weise, schon den dritten Abend fort; lärmende Auftritte fanden jedoch nicht statt, dagegen wurden wieder Mehrere, die sich den polizeilichen Weisungen nicht fügen wollten, verhaftet. Bei der mit ihnen vorgenommenen sofortigen Untersuchung fanden sich in den Taschen der Meisten Steine vor, die ohne Zweifel zu nichts Anderem als Fensterinwerfen bestimmt waren. Viele gestanden, daß sie gegen Gelddeträge von nur 10 bis 20 Kreuzern, welche sie von unbekanntem Herren mit der Aufforderung, „recht stark zu pfeifen und zu schreien,“ erhalten haben wollten, sich zu diesem mutwilligen Unfuge verleiten ließen. Alle wurden im kurzen polizeilichen Verfahren disciplinarisch abgestraft, die durch ärztliche Visitation tauglich befundenen sofort zum Militär abgestellt (!), die hieher nicht Zuständigen in ihre Heimath abgeschoben und die Uebrigen nach Hause entlassen.

**Italien.** Turin, 20. April. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer setzte Cavour die Schwierigkeiten einer sofortigen Reaktivierung der Freiwilligenkorps, wie Virio sie in seiner Rede verlangt hatte, auseinander. Wenn

die Regierung hierzu den Befehl gebe, so würde dies eine Art Kriegserklärung sein. Das Gouvernement habe öfter erklärt, es sei das Ziel Italiens sich durch Annexion Roms und Venedigs, aber auf friedlichem Wege, so wie in Uebereinstimmung mit Frankreich zu vervollständigen. Ein Funke könne ganz Europa in Flammen setzen. England habe positiv erklärt, es werde gegen Jeden sein, welcher provocire; man müsse eine Coalition gegen Italien vermeiden und den Ansichten befreundeter Regierungen Rechnung tragen. Das Ministerium acceptire nicht die Tagesordnung Garibaldis. Auf Erläuterungen Virios glaubt Fantti, daß die Offiziere ihre Demission zurückziehen werden. Garibaldi interpellirt Cavour bezüglich der Nationalbewaffnung. Cavour giebt Erläuterungen, welche Garibaldi nicht genügend findet; er sagt, alle die inneren und auswärtigen beunruhigenden Nachrichten lassen ihn auf der Forderung zur Reorganisation der Südmarmee beharren. Schließlich nimmt die Kammer mit 194 gegen 77 Stimmen nachfolgende Tagesordnung Ricasoli's an: Die Kammer sei nach Anhörung der Erklärungen des Ministeriums überzeugt, es werde auf eine geeignete Weise für das Schicksal der tapfern Südmarmee Sorge getragen; es werde dieselbe verstärken und wirksam mit unseren Streitkräften verbinden; die Kammer halte sich versichert, daß die Regierung sich thätig mit der Bewaffnung und Vertheidigung des Vaterlandes beschäftigen werde und geht demgemäß zur Tagesordnung über.

**Rußland.** Warschau, den 21. April. Nach der heutigen „Schlesischen Zeitung“ ist ein Erlaß des Fürsten Statthalters an den Direktor des Innern erschienen, in welchem der Letztere angewiesen wird, unfähige, kleinmüthige Beamte zur Dienstentlassung unverzüglich vorzuschicken. Die Regierung sei, heißt es ferner festen Willens, Beamte, die ihre Pflichten streng erfüllen, zu unterstützen und zu belohnen. Vereinigungspunkte, in welchen politische Gegenstände behandelt werden, sollen nicht geduldet, die Ordnung nur durch Staatsbeamte und Militärhilfe, nirgend aber durch Bürgerdelegationen aufrecht erhalten werden. Endlich wird den Beamten zur Pflicht gemacht, die Einwohner von der Nothwendigkeit zu überzeugen mit den Soldaten ruhig und freundschaftlich zu leben; dem Militär sei ein ruhiges Benehmen bereits anbefohlen.

Das Gerücht von einer täglich zu zahlenden Kontribution für die in Warschau befindlichen Truppen hat sich als unbegründet erwiesen. Statt des Grafen Wielopolski wird Platanoff nach Petersburg reisen. — Den 22. Das Mittheilungsblatt der heutigen „Schlesischen Zeitung“ theilt aus Warschau mit, daß der dortige Erzbischof von der Regierung ersucht worden sei, die patriotischen Gesänge in den Kirchen nach dem Gottesdienste zu verbieten. Der Klerus habe jedoch erklärt, dem Verlangen nicht nachkommen zu können. Es sei nun eine Kundmachung des

Grafen Wielopolski erschienen, die den Wunsch ausdrückt, es möchten, weil nicht-rituale Gesänge in den Kirchen beunruhigen und aufreizen, die geistlichen und weltlichen Behörden den Schaden dieser eigenmächtigen Gesänge einsehen. Sollte aber diese Annahme fort dauern, so würde die Behörde Mittel anwenden, um die Ordnung in den Gotteshäusern aufrecht zu erhalten. In Modlin verweigerten die Gefangenen jede Aussage, bis sie mit ihren Führern konfrontirt sein würden. — Der Kultusminister hat in Warschau streng verboten in den Kirchen Gebete für das Vaterland abzuhalten und entgegengesetzten Falles militärisches Einschreiten angedroht. In Radom sind die beiden höheren Klassen der dortigen Schule geschlossen worden. — Die „Schlesische“, „Breslauer“, „Kreuzzeitung“, der „Nord“ sind schon mehrere Tage nicht ausgegeben worden, da man jetzt nicht mehr einzelne Artikel überschwärzt, sondern das ganze Blatt, welches etwas nicht Beliebtes bringt, zurückhält. Wir sind dadurch seit des Herrn Gr. Wielopolskis Censur-Bewaltung aus dem Regen unter die Traufe gekommen. Man soll an einem Preßgesetz arbeiten; schwerlich wird ein solches unter jetzigen Umständen von Nutzen sein. — den 20. Die religiös patriotischen Gesänge vor den Heiligen-Standbildern verstummen zu machen, ist der Regierung zwar vollständig gelungen, aber es ist ihr bisher noch nicht möglich gewesen, die Lieder, welche der tiefsten Stimmung des Volkes entsprechen, auch im Innern der Kirchen zu verbieten. Da nun aber der Regierung sehr viel daran liegt, auch in den Gottes-Häusern die Stimme der blutenden Herzen zum Schweigen zu bringen, so ist gestern der greise Erzbischof ersucht worden, von den Kanzeln herab die Gesänge nach beendigtem Gottesdienste zu verbieten zu lassen. Im Beisein der höheren Prälaten hat indeß der Vorstand des Clerus dem vom Statthalter gesandten Delegirten erklärt, auf das Verlangen desselben aus zwei Gründen nicht eingehen zu können. Erstens geschehe von Seiten des Volkes nichts, was der kirchlichen ritualen Ordnung entgegenstehe, und dann würde die geistliche Autorität durch ein Verbot von der Kanzel in Gefahr gebracht werden, wenn das Volk in seiner Bedrängniß sich durch Gebet und Gesang Linderung zu verschaffen suchend, das Verbot nicht beachtete, was sehr zu erwarten sei. Nach Allem, was wir hier bereits erlebt haben, ist es nun kaum zu bezweifeln, daß die Regierung entweder Gend'armen und Polizei in die Kirchen schicken wird, um die ihr anstößigen Gesänge zu verhindern, oder doch wenigstens Kosaken und Polizeibeamte vor den Kirchen aufstellen und die Sänger abfassen lassen werde. Der morgige Sonntag wird uns vielleicht schon Gewißheit hierüber verschaffen. — In den soeben erscheinenden Blättern findet sich außer einer officiellen Bekanntmachung vom Schlusse zweier Klassen des Gubernial-Gymna-

### Genossenschaftswesen.

Die Ausdehnung der Vorschußvereine auf das Landvolk scheint immer mehr Anklang zu finden, und wir wissen in der That Niemand, der mehr eines erleichterten Kredits bedürftig, für den also auf Selbsthilfe begründete Vorschußklassen nothwendiger wären, als gerade den kleinen Landwirth, den Bauersmann. In Nassau ist damit schon ein guter Anfang gemacht und neuerdings wird die Sache auch von den landwirthschaftlichen Blättern empfohlen. Die Zeitschrift des preussischen statistischen Bureau brachte kürzlich einen Aufsatz der das ländliche Kreditwesen, worin die Errichtung von Vorschuß-Vereinen nach Deliskem Systeme empfohlen wird, und das „landw. Centralblatt f. D.“ hat sich dieser Empfehlung vollkommen angeschlossen. Es ist auch nicht einzusehen, warum das landwirthschaftliche Gewerbe hier eine Ausnahme machen sollten, das Genossenschaftswesen paßt für es so gut, wie für den Handwerker, in vielen Beziehungen sogar noch weit mehr.

— Der gute Anfang, welcher in Nassau gemacht, hat bereits Wurzel geschlagen und es sind ländliche Vorschußvereine in Hachenburg, Marienburg und Selters gegründet worden. Nach den eben veröffentlichten Sakungen sollen die Mitglieder darlehnsweise Geld zu fünf Prozent Zinsen mit der Vergünstigung

abschlagsweiser Rückzahlung erhalten können. Die Genossenschaften sollen vorerst bis zum 1. April 1862 dauern. Der Darlehnskredit für dieselben wird bei der Landesbank gegen solidarische Haftbarkeit nach-gesucht.

In Nürnberg ist ein Vorschußverein, auf dem Grundsätze der Selbsthilfe und solidarischen Haft beruhend, errichtet worden. Durch regelmäßige nicht rückzahlbare Beiträge soll ein Grundstock gebildet werden. Die Höhe der Vorschüsse ist auf 300 fl. festgesetzt.

Aus dem Rheingau erhalten wir (die Red. des Arbeitgeb.) folgende Zuschrift: „Berehrliche Redaktion! Ich habe mit großer Theilnahme die Ausbreitung der Vorschußvereine in unserem Lande verfolgt und muß gestehen, daß mich die Erfolge, welche dieselben in verhältnißmäßig kurzer Zeit erzielt überrascht haben. Da an mehreren dieser Vereine auch Landleute theilnehmen, so ist mir die Frage aufgestiegen, ob die Vorschußvereine nicht auch auf die Weinbauer auszu-dehnen seien. Niemand ist des Kredits bedürftiger, als gerade der unbemittelte Winzer, dem selbst die Fässer oft fehlen, um seinen Wein in den Keller bringen zu können, der deshalb auf der Keller schon verkaufen muß, und der außerdem selten so lange warten kann, bis die für den Verkauf günstige Zeit gekommen ist. Dadurch ist er aber dem Weinhändler

fast ganz preisgegeben, und häufig verkauft er daher seine Kreszenz schon am Stok, wobei er in der Regel noch mehr verliert. Durch einen, wenn auch nur mäßigen Kredit, der ihn aus dieser üblen Lage befreite und ihm in schlechten Jahren Erleichterung gewährte, wäre Vielen geholfen. Nun glaube ich aber, daß gerade die jetzige Zeit nach drei guten Jahrgängen am besten geeignet wäre, einen solchen Vorschußverein für kleine Weinbergbesitzer zu errichten. Es sind jetzt einige Mittel vorhanden, alte Schulden sind getilgt und der Kredit ist gut. Es würde daher kein Hinderniß haben, sofort ein ansehnliches Betriebskapital zusammenzubringen.“ (Sollten diese Beispiele und verständigen Worte für die kleinen Grundbesitzer unserer Umgegend, z. B. auf der Moser ohne Bedeutung sein? Vm. der Redaktion.)

Aus Wiesbaden hören wir, daß der dortige Verein täglich zunimmt. Anfangs mit Gleichgültigkeit betrachtet, weil die nassauische Landesbank die Creditbedürfnisse im Lande in ziemlich liberaler Weise befriedigt, Viele aber dennoch fürchteten, die Inanspruchnahme der Kasse möchte ihrem Credit schaden, ist die Theilnahme jetzt eine allgemeine, und während früher die Darlehnsgefuche heimlich überbracht wurden, damit es Niemand sehe, scheut sich jetzt Niemand, dieselbe offen zu benutzen, denn es ist seine eigene Kasse.

(Arbeitgeber.)



sums in Radom wegen Unbotmäßigkeit der Schüler gegen die Schulbehörden auch die erwartete Kundmachung des Generaldirectors für Cultus und Unterricht, Grafen Wielopolski. Das Actenstück zeichnet sich durch eine etwas gefährliche, wenigstens viel vorsichtiger und weniger dictatorische Haltung vor den bisherigen ähnlichen Artikeln seines Verfassers aus.

### Provinzielles.

Marientburg, den 19. April. Am 23. v. M. wird hier Eduard Balzer, Sprecher der freien Gemeinde zu Nordbawgen, in der christlich-katholischen Kirche einen Vortrag halten. Leider verliert die kleine Gemeinde im künftigen Jahre ihre Kirche. Eigenthum der Stadt (früher evangelisches Bethaus) wurde sie bis jetzt der christlich-katholischen Gemeinde zu freier Benutzung überlassen. Wegen Eröffnung des Gymnasiums, daß im künftigen Jahre schon die Räumlichkeiten der angrenzenden höhern Mädchenschule mitbenutzt, wird dieselbe nach dem Bethause verlegt, wo gleichzeitig die Töchter der Georgen-Bürgerschule zutreten. (N. C. A.)

Danzig, den 15. April. Die interessantesten Darstellungen und Vorträge des Physikers Hrn. Böttcher im Appolloaale des „Preussischen Hofes“ werden fortwährend sehr zahlreich besucht, wozu das ermäßigte Entree, welches auch Unbemittelten den Besuch ermöglicht, seinen Theil beitragen. Der Andrang der letzten Tage hat Herrn Böttcher bestimmt, seinen Aufenthalt noch um eine Woche zu verlängern. — Den 19. Sowohl Herr Böttcher mit seinen prächtigen Wandelbildern, wie Herr Kreuzberg mit seiner außerlesenen Menagerie, werden unsere Stadt in wenigen Tagen verlassen. Wer die Sammlung der seltenen und schönen Thiere, die in der Bude auf dem Holzmarkt vereinigt sind, bis jetzt zu besuchen versäumt hat, möge sich durch unsere Empfehlung bestimmen lassen, die nur noch kurze Dauer ihres Hierseins zur Bewohnung einer Fütterung der Thiere zu benutzen. Nicht allein diese, sondern auch die damit verbundenen Productionen des Hrn. Kreuzberg jun. der ein Rendez-vous der Bestien im Centralkäfig veranstaltet und dessen Commando-wort sie alle wie die zahmsten Schooßhunde befolgen, sind wohl einen Gang dahin werth. Der junge Thierbändiger versteht es eben so gut, wie sein Herr Vater, sich inmitten dieser gefährlichen Gesellschaft den nöthigen Respekt zu verschaffen, und die Gewandtheit und Sicherheit, welche er dabei an den Tag legt, lassen bei dem Zuschauer kein Gefühl der Angstlichkeit aufkommen. Der Riesen- und der höchst gelehrige Zwergelphänt sind nicht minder sehenswerth, und nebenbei enthält die Bude noch eine große Anzahl Thiere, die nur sehr selten lebendig gezeigt werden. Es gewährt daher ein Besuch in der Menagerie eine ebenso interessante wie belehrende Unterhaltung. — 20. April. Vor einiger Zeit theilten wir mit, daß gegenwärtig zwischen der hiesigen Königl. Regierung und dem Polizeipräsidium Verhandlungen über die Frage aufgenommen sind, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Dauer des Dominikamarktes von 4 auf 2 Wochen zu beschränken. Wie wir jetzt erfahren, beabsichtigt, der Magistrat gegen jede etwaige Aenderung der Marktdauer einen Protest zu erheben. In Folge eines solchen Protestes Seitens der städtischen Behörden ist bereits vor mehreren Jahren dieselbe Frage im Sinne der Königl. Regierung, welche eine Abkürzung der Marktdauer wünschte, nicht erledigt worden. — Den 22. Wie es heißt, ist in diesen Tagen beim hiesigen Provinzial-Steuer-Direktorium ein Reskript des Herrn Finanzministers in Betreff der zollamtlichen Behandlung des Transito Getreides eingetroffen, nach welchem den Vorstellungen der Kaufmannschaft in mehreren wesentlichen Punkten Folge gegeben werden soll. Wir wollen nur wünschen, daß diese Nachricht Bestätigung finden möge. (D. Z.)

Wewe, 20. April. Trotz der häufigen Unglücksfälle, die durch das Aufstellen von glühenden Kohlen in den Wohnzimmern verursacht sind, kann das ländliche Publikum leider noch immer nicht von dieser üblen Gewohnheit lassen. Die Käthner Kerreschischen Eheleute zu

Colonie Jellenthal ließen vor einigen Tagen ihr kaum zweijähriges Kind allein in der Stube, in der sich ein Grapen voll glühender Kohlen befand und begaben sich zur Arbeit in den nahe liegenden Garten. Nach einer Weile zurückgekehrt, fand die Mutter das Zimmer voller Rauch und das Kind am Kohlengrapen mit Brandwunden bedeckt, todt auf der Erde liegen.

Mit Bezug auf die Notiz aus Dirschau, wonach dort am 15. d. Mts. ein Hof um die Sonne und drei Nebensonnen gesehen worden sind, ist zu bemerken, daß Nebensonnen im Laufe der letzten drei Monate hierorts öfter beobachtet worden sind. Diese Erscheinung, sowie die seit Ostern stabilen eisigen Nordwinde erinnern uns an ganz ähnliche Wahrnehmungen im Frühjahr 1858, welches Jahr bekanntlich ein bis in den Mai kaltes und sodann trockenes war und das sich durch fühlbaren Futtermangel kennzeichnete. Der Stand der Saaten, Klee- und Luzernfelder ist augenblicklich kein erfreulicher und erregt allseitig Besorgniß. (Gr. Ges.)

Aus Ostpreußen, den 13. April. Der Gutsbesitzer Deutsch auf Romsdorf bei Schippenbehl hat sich seit Jahren schon bestrebt, durch Wort und Schrift alles das mit Energie zu bekämpfen, was auf sozialem, politischem und religiösem Gebiete sich bisher als unpraktisch und demoralisirend erwiesen hat. Ein Freund der Aufklärung und des thätkräftigen Christenthums, aber ein ebenso erbitterter Feind aller Heuchelei und Augendreherei, sucht er namentlich in letzter Zeit dahin zu wirken, daß das Pfaffenenthum in die engsten Grenzen zurückgedrängt werde. Wie man hört, will D. zu diesem Zwecke eine kleine, durch und durch populär gehaltene Schrift herausgeben, worin dem schlächten Verstande gezeigt werden soll, daß das wahre Christenthum in etwas ganz Anderem besteht, als in dem Schelten und Schimpfen auf Andersdenkende und dem Jammern über die von Hause aus verderbte Menschennatur.

Das Dorf Topprienen bei Pr. Eylau wurde vor einigen Tagen durch eine Feuersbrunst fast gänzlich zerstört. Es sollen nur wenige Häuser stehen geblieben sein, da allein neun Bauernhöfe dem wüthenden Elemente zum Opfer gefallen. Der Feuerschein ist auf eine Entfernung von 6 bis 8 Meilen sichtbar gewesen.

Mit unsern Lehrern klagen jetzt die Justizsubalternbeamten um die Wette darüber, daß sie so beispiellos langsam in bessere Gehälter treten. Befremden muß es allerdings, daß die Subalternen, nachdem sie mehrere Jahre unentgeltlich gearbeitet haben, nach bestandnem Examen noch ca. 8 — 10 Jahre diätarisch beschäftigt werden. Freilich geht es nicht allen so, daß aber ihre Anstellung nicht immer der Anciennität gemäß erfolgt, was ihnen doch gesetzlich garantirt ist, das muß höchlich befremden. Eine große Zahl dieser Beamten will sich daher an den Justizminister wenden, der hoffentlich auch in dieser Beziehung den Rechtszustand herstellen wird. —

Ein „Weinreisender“ aus Cöln, geborner Ermländer, hat sich kürzlich eines ganz außerordentlichen Erfolges bezüglich seines Geschäftes in seiner Heimath zu erfreuen gehabt. Er hatte sich nach seiner eigenen Aussage von hoher geistlicher Stelle ein Empfehlungsschreiben an die katholische Geistlichkeit zu verschaffen gewünscht, nahm auch auf seinen Kreuz- und Querzügen einen jungen Geistlichen mit, und hat so in jedem Pfarrhause des Ermlandes Eingang gefunden, wobei ihm massenhafte Aufträge geworden sind. (N. C. A.)

Von der polnischen Grenze, den 17. April. Gegenüber den Aussichten, welche sich aus dem zwischen England und Frankreich neuerdings abgeschlossenen Handels-Vertrage auch auf Erleichterung des Grenzverkehrs zwischen den westlichen Provinzen unserer Monarchie mit dem Auslande eröffnen; gegenüber den Bestrebungen im Schooße unseres Abgeordnetenhauses auf Beseitigung der Schranken, welche in unserem Staate dem Personen-Verkehr entgegenstehen, müssen wir es als ein bedauerliches Factum konstatiren, daß das von der russischen Staats-Regierung veröffentlichte neue Reglement über die Ertheilung von Pässen an Ausländer zum Verkehre in Rußland vom Juli 1860 nicht nur

gar keine Erleichterungen, sondern im Gegentheil noch eher neue Einschränkungen des Grenzverkehrs in seinen Bestimmungen enthält. Abgesehen davon, daß die Pässe auswärtiger Staaten beim Uebertritt ihrer Inhaber über die russische Grenze ihre unbedingte Gültigkeit verlieren und das Ausfertigen eines neuen russischen Passes mit Aufenthalt und Kosten verknüpft ist, während in anderen Ländern das Visa des betreffenden Gesandten genügt, dem Passe auch in fremden Ländern Gültigkeit zu verleihen, macht das Reglement das persönliche Erscheinen der Passinhaber auf den Bureaux zur nothwendigen Bedingung und setzt die Beihilgen den bekannten Scheererereien der Unter-Beamten aus. Noch bedenklicher wird diese letztere Maßregel, wenn der Paß während des Aufenthalts des Inhabers in Rußland abläuft und derselbe, zu dessen Erneuerung, wo er sich auch aufhalten mag, genöthigt ist, seinen Paß und somit sich selbst den russischen Localbeamten anzuvertrauen. Während nach den früheren Bestimmungen vom Jahre 1839 den Kaufleuten mosaischen Glaubens das Betreten der Grenze in Handels-Interessen verhältnißmäßig erleichtert war, ist diese Bestimmung durch das neue Reglement auf bestimmte Klassen derselben eingeschränkt und auch für diese mit größeren Schwierigkeiten verbunden, ebenso wie der bisher erleichterte Verkehr auf der Grenze mit den diesseitigen Pässen wesentlich erschwert ist. Am Auffallendsten aber erscheint die Begünstigung, welche den Bewohnern der österreichischen Grenze (§ 16) im Gegensatz zu den preussischen Grenzen durch das Ausgeben von sogenannten Legitimations-Scheinen und Passagier-Scheinen zu Theil wird, und mit welchen der Inhaber drei Meilen von der Grenze in Rußland hineinreisen und sich daselbst drei Tage hindurch lediglich auf Grund lokaltypischer Atteste aufhalten darf. Wir möchten wohl die Motive kennen, welche die kaiserlich russische Regierung zur Beschränkung dieser Begünstigung auf die österreichischen Unterthanen veranlaßt hat. Unsere Provinz hat durch die Maßregeln der russischen Verwaltung schon seit Jahrzehnten so viel zu leiden und beim Beginn der augenscheinlich liberaleren Richtung der zeitigen russischen Administration sich so manche stille Hoffnungen gemacht, daß diese neue Auflage der alten Verkehrs-Beschränkungen nur um so gerechtfertigtere Mißstimmung hervorrufen mußte. (D. Z.)

### Verschiedenes.

— **Barmen.** (Cb. 3.) Endlich scheint das große, seit Jahren erstrebte Problem, Wagen und Lasten auf offener Straße ohne Pferde u. fortzuschaffen, in vollkommener Weise gelöst zu sein. In der heutigen Abendstunde sahen wir ein solches Fuhrwerk, durch die Luftmaschine getrieben und von kundiger Hand geleitet, ruhig und sicher durch die Hauptstraßen unserer Stadt, zum allgemeinen Ergözen des durch diesen neuen Anblick überraschten Publikums, einherschauen, und nahm selbiges zuletzt seinen Weg nach Elberfeld. Die Einfachheit, womit die Kraftübertragung der Maschine zur Fortbewegung übertragen, lassen uns diesem ersten Versuch das beste Prognostikon stellen, und dem genialen Constructeur, Herrn Weidmann, den günstigsten weitem Erfolg sichern. Die Maschine, welche nur eine halbe Pferdekraft stark sein soll, ruht auf zwei Rädern, welchen ein drittes, kleines Rad als Stütze und Lenkung dient. Durch ein an der Schwungradwelle der Maschine befestigtes Triebrad, welches in an den Wagenrädern befestigte Zahnräder greift, ist die Verbindung zwischen Maschine und Wagen hergestellt und kann diese Verbindung mit Leichtigkeit unterbrochen und eingesetzt werden. Uns scheint, daß durch Anwendung von zu diesem Zwecke eigens gebauten leichtern Maschinen, größeren Rädern u. s. w. auch die Schnelligkeit erzielt wird und haben mit Interesse vernommen, daß der rühmlichst bekannte Wagenbauer und Schmiedemeister Herr Sieling in Barmen, aus dessen Werkstätte dieser erste Versuch hervorgegangen, es sich zur Aufgabe gestellt hat, eine Equipage mit einer Pferdekraft-Maschine zu fertigen. Unseres Wissens nach existiren solche Wagen bereits in Amerika, und haben wir auch hier sonach die Aussicht, unsere Straßen mit calorischen Luftwagen belebt zu sehen, wodurch denn auch manches abgetrimmte Pferd um so eher in Ruhestand versetzt werden dürfte.



